

Tobias ten Brink

Harmonische „Weltgesellschaft“? Internationale politische Institutionen und die Re- strukturierung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse

In den letzten Jahrzehnten haben die Reichweite und Intensität, mit der internationale bzw. supranationale politische Institutionen (im Folgenden ipl) weltweit wirken, zur weit verbreiteten Auffassung geführt, dass die internationalen Beziehungen durch eine Verrechtlichung bzw. Institutionalisierung und damit letztlich durch eine Harmonisierung charakterisiert seien.¹ Eine „Weltgesellschaft“ im Werden wurde proklamiert, verbunden mit der Hoffnung auf die Ausweitung und Vertiefung zivilgesellschaftlicher Strukturen und demokratischer Prozesse (vgl. Beck 2004).

Diese Harmonisierungsthese werden im Folgenden kritisch diskutiert.² Meine, auf dieser einführenden Diskussion basierende These lautet, dass die „Internationalisierung des Staates“ in Form von ipl hinreichend nur als Resultat der Internationalisierung politischer Apparate und Politiken *vieler* kapitalistischer Einzelstaaten verstanden werden kann. Diese vorwiegend am Management der internationalen öffentlichen Sphären und an einer gelingenden Kapitalakkumulation interessierten Materialisierungen spezifischer *inter-gesellschaftlicher* Kräfteverhältnisse bilden auf der internationalen Ebene einen relativ inkohärenten, umkämpften Regulierungszusammenhang aus. Dies wird vor dem Hintergrund einer breit gefassten Analyseperspektive erörtert, die internationale Beziehungen nicht nur als ökonomische und/oder politische, sondern auch als „inter-gesellschaftliche“ begreift.³ Es gehört zu den strategischen Dilemmata

- 1 Mit dem Adjektiv *international* bezeichne ich im Folgenden das zwischenstaatliche bzw. intergouvernementale Zusammenspiel einzelstaatlicher Strukturen, Prozesse und Akteure. Die ipl sind wesentlich Produkt intergouvernementaler Entscheidungen, können jedoch eine relative Autonomie erlangen. Diese „Transnationalisierung“ der Politik kann mit dem Begriff des *Supranationalen* gefasst werden. Mit dem Begriff des *Transnationalen* benenne ich Strukturen, Prozesse und Akteure (z.B. transnationale Konzerne), die ihre Macht und Legitimation nicht mehr primär aus dem nationalstaatlich-intergouvernementalen Feld ableiten.
- 2 Aus Platzgründen musste ich mich auf bestimmte Referenztheoretiker bzw. -theoretikerinnen beschränken, die innere Vielfalt der einzelnen Theoriestränge bleibt unterbelichtet.
- 3 Das „Inter-Gesellschaftliche“ geht in der „Weltwirtschaft“ und im „Weltstaatensystem“ nicht auf. Es umfasst ebenfalls soziale, politische, sozio-kulturelle und normative Dimensionen jenseits des Staates und der Ökonomie. Um der Komplexität internationaler Beziehungen Rechnung zu tragen, bietet es sich an, die Akteure, die „zwischen“ diesen beiden Systemen agieren, zu thematisieren (vgl. Rosenberg 2006, ten Brink 2007).

der internationalisierten Ausprägungen der (erweiterten) Staatlichkeit, dass ihre politischen Handlungsspielräume entscheidend von Bedingungen abhängen, die nicht von ihnen allein bestimmt werden.

1. Internationale politische Institutionen

Vor der Analyse von *internationalen* politischen Institutionen (ipI), muss erst einmal definiert werden, was unter *politischen Institutionen* zu verstehen ist. Diese können als Ausdruck der grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen und der in ihnen handelnden Akteure begriffen werden – als fortwährend reproduzierte Regeln, als relativ stabile Muster sozialer Interaktion. Sie erzeugen Verhaltensregelmäßigkeiten durch soziale Normen, rechtliche Regeln und Verteilungsverfahren von Macht und sozio-kulturellen Ressourcen. Politische Institutionen können Handlungsspielräume durch eine Erwartungsstabilisierung erweitern (Giddens 1997: 223). Sie sind zugleich keine bloß konstituierten Handlungsarenen, sondern wirken auf Akteure und Strukturen zurück.

In Bezug auf die weltweiten Beziehungen stellt sich nun die Frage, wie sich die aufgewertete Bedeutung von ipI auf das Verhältnis von internationalen bzw. inter-gesellschaftlichen Konkurrenzen und Kooperationen auswirkt. Die modernen kapitalistischen Staaten sind zwar im Zusammenhang wechselseitiger Konflikte entstanden, mussten sich aber schon früh gewissen Zwängen der Konfliktregelung unterwerfen – etwa der Anerkennung der äußeren „Souveränität“ oder der Immunität diplomatischer Vertretungen. Bereits vor 1914 gab es eine Reihe zwischenstaatlicher Konventionen und Institutionen, die bestimmte Normen international festzuschreiben versuchten.

Allerdings nahm die Zahl von ipI nach 1945 erheblich zu, was auf ein erhöhtes Kooperationsinteresse der Staaten schließen lässt (vgl. Rittberger/Zangl 2003). Gegenwärtig lassen sich vier Formen von ipI unterscheiden. Erstens die *internationalen Organisationen*: Sie sind als handlungsfähige Institutionen zu verstehen und agieren gleichzeitig in mehreren „Problemfeldern“ internationaler Politik (z.B. UN, EU, WTO, NATO, aber auch, auf der zivilgesellschaftlichen Ebene: Greenpeace). Den zweiten Typ bilden die *internationalen Regime*: Sie regulieren als inhaltliche und prozedurale Normen und Regeln das Verhalten in einem „Problemfeld“, ohne dabei „Akteursqualität“ zu besitzen (z.B. das ehemalige GATT, das Menschenrechtsregime der UN). Drittens werden *internationale Netzwerke* auf einer Ebene unterhalb der Regime angesiedelt, weil sie zwar prozedurale Normen und Regeln, nicht aber bindende Verpflichtungen umfassen (z.B. G8-Gipfel, Weltwirtschaftsforum). Viertens können *internationale Ordnungsprinzipien* als Institutionen bezeichnet werden, die als grundlegende Normen die internationale Politik strukturieren (z.B. die Anerkennung der Souveränität der Staaten oder der Menschenrechtsdeklarationen der UN) (Zürn/Zangl 2003: 88f.). Die ipI übernehmen mehr und mehr natio-

nen Regierungen vergleichbare Aufgaben, was als der Übergang von „Government“ zu „Governance“ bezeichnet wird.⁴

In den Gesellschaftswissenschaften wurde im Anschluss an diese Unterscheidungen die These einer neuen „postnationalen Konstellation“ entwickelt (Zürn/Zangl 2003: 170). Aufgrund der mit dem Globalisierungsprozess gestiegenen Bedeutung von iPl habe sich die Politikformulierung zunehmend von der nationalen Ebene abgelöst und ihren Charakter geändert. Ein *gemeinsames* Interesse an Problemlösungen werde dabei mehr und mehr zum bestimmenden Faktor der Weltpolitik.

2. Harmonisierende Globalisierungsthesen

Die These des zunehmenden Interesses an gemeinsamen Problemlösungen knüpft ohne weitere Reflexion an einen bestimmten Strang der über „Globalisierung“ geführten Debatten an, in welchem suggeriert wird, dass der politische „Multilateralismus“ der „internationalen Staatengemeinschaft“, unterfüttert von der zunehmenden Globalisierung der Weltwirtschaft und den ihre Integration fördernden Tendenzen, bereinigt von störenden anti-liberalen Faktoren, das neue übergreifende Merkmal kapitalistischer Modernisierung sei. In der medialen Kommunikation gelten die Treffen der G8-Staaten nicht umsonst als „Weltregierungen“, die gewissen Fehlentwicklungen (etwa des „Klimawandels“) durch Zusammenarbeit entgegentreten.

Solche Positionen wurden in den letzten Jahren auch in den Sozialwissenschaften übernommen. „Weil Staaten überleben wollen, müssen sie zusammenarbeiten. [...] Nicht Rivalität, sondern Kooperation maximiert die nationalen Interessen“, schreibt etwa Ulrich Beck im Rahmen seines „kosmopolitischen“ Ansatzes (Beck 2004: 265). Dem liegt die Behauptung zugrunde, dass in einer zunehmend interdependenten und sich transnational vernetzenden Welt kooperatives Handeln für alle Beteiligten am ehesten „win-win-Situationen“ hervorbringt. Die Außenpolitik der amerikanischen Regierung erscheint in dieser Perspektive als irrationales, anachronistisches Verhalten. Alles in allem stünden die Chancen jedoch nicht schlecht, den nicht zuletzt durch weltweite „Risiken“ (Umweltkatastrophen, Terrorismus, Finanzkrisen) induzierten „Kooperationsdruck“ in eine positive politische Richtung zu lenken und damit die „Pazifizierung der Weltgesellschaft“ voranzutreiben.⁵ Beck versteht den Prozess der europäischen Integration als ein Experiment für eine in diese Richtung weisende Vision, wenn ihre Realisierung auch noch auf sich warten lasse (Beck 2004: 245ff.).

4 Dies kann die Regelung sowie Entscheidungsfindung in netzwerkartigen Strukturen mit halbstaatlichen oder privaten Akteuren einschließen.

5 Allianzen zwischen den Kräften der Zivilgesellschaft sowie transnational ausgerichteten Unternehmen könnten zu einer Transformation führen – unter der Voraussetzung, dass die zentralen Kollektivakteure einsehen, dass ihren jeweiligen Interessen am besten durch „kosmopolitische“ Regeln gedient ist.

Ähnlich, wenn auch etwas weniger normativ-idealisierend, erhofft sich Jürgen Habermas von den staatlichen Mächten die Bereitschaft, die sich transnationalisierenden Probleme mit Hilfe einer „Weltinnenpolitik“, d.h. der Aufwertung von ipI, anzugehen. Die größten Staaten müssten dafür bereit sein, „ihre Perspektiven über die ‘nationalen Interessen’ hinaus um die Gesichtspunkte einer ‘global governance’ zu erweitern“, einer Weltordnungspolitik ohne Weltstaat (Habermas 1998: 167).

In der Disziplin der Internationalen Beziehungen wird in bedeutenden Ansätzen davon ausgegangen, dass institutionalisierte Beziehungen eine „internationale Gesellschaft“ möglich machen können. Unter der Voraussetzung eines rationalen Interessenkalküls werden die verschiedenen Akteure Verhaltensregeln akzeptieren, sofern diese nicht das vorrangige Ziel ihres Überlebens in Frage stellen, argumentiert etwa die *Englische Schule* (vgl. bereits Bull 1977: 101ff.). Der Ansatz des *Neoinstitutionalismus* ergänzt diesen Sachverhalt um die These der Beschränkung der Handlungsfähigkeiten von Staaten aufgrund neuartiger „komplexer Interdependenzen“ (Keohane/Nye 1989). Folge sei die Herausbildung einer höheren Sensitivität der Gesellschaften füreinander und die Notwendigkeit, aus rationalen, egoistischen Eigeninteressen heraus ein größeres Maß an internationaler Steuerung gemeinsam durchzusetzen. Zürn/Zangl beschreiben vor diesem Hintergrund einen grundlegenden Wandel moderner Staatlichkeit: Gab es in der überkommenen „nationalen Konstellation“ meist „nationale Problemlagen“, so transnationalisieren sich diese heute; wurden die nationalen Problemlagen in der Vergangenheit konsequenterweise durch „nationalstaatliches Regieren“ angegangen, so supranationalisiert sich das Regieren derzeit; bezog der Staat seine „Legitimität“ ehemals vorwiegend intern durch die nationale Gesellschaft, so transnationalisieren sich heute Legitimierungsprozesse (Zürn/Zangl 2003: 149-171). Dieser Prozess sei im historischen Vergleich „ähnlich grundlegend [...] wie der Übergang von der Feudalordnung zum System der territorial definierten Nationalstaaten“ (Zürn 2002: 215).

In der *Regimetheorie* erscheinen ipI als Orte der Konfliktregulierung durch Kooperation mit dem Effekt einer möglichen Zivilisierung. Internationale Regime (z.B. bestimmte Handels-, Finanz-, Abrüstungs- oder Umweltvereinbarungen) spielen daher einen wichtigen Beitrag bei der Stabilisierung internationaler Beziehungen (vgl. bereits Keohane 1984). Ihre Wirkungen bestünden in einer Senkung von „Transaktionskosten“, indem sie einen „Verhandlungsrahmen“ anbieten. Das Handelsregime der WTO bestimme z.B., worüber verhandelt werde, zudem seien die Verhandlungspartner sowie die Verhandlungsziele im Vorhinein festgelegt, was die Chancen der Einhaltung von Kooperationsvereinbarungen verbessere.⁶

6 Diese Ansätze verdanken sich meistens dem Versuch zu erörtern, wie gegenwärtig politische Steuerungspotentiale erhalten werden können. Dabei wird weniger auf linke soziale Bewe-

Unzulänglichkeiten der harmonisierenden Ansätze

Diese globalisierungsoptimistischen Ansätze beruhen auf einer einseitig-selektiven Wahrnehmung transnationaler Prozesse. Gewiss führen die hochkomplexe inter- und transnationale Arbeitsteilung und die Notwendigkeit von Koordination zur Steigerung von Interdependenz. Weil kapitalistische Gesellschaften jedoch auf der wettbewerbsvermittelten Akkumulation basieren, können im Weltzusammenhang im gleichen Atemzug Konkurrenz- und sogar Konfliktverhältnisse beobachtet werden.⁷ Dies spiegelt sich sowohl in der einzelbetrieblichen Konkurrenz als auch in der politisch vermittelten „Standortkonkurrenz“ zwischen Staaten und den zunehmend makro-regionalen Verflechtungen (EU), die sich wiederum in Auseinandersetzungen in den iPl manifestieren.⁸ Zudem ist eine Unterordnung der unterentwickelten Länder sowie der Schwellenländer festzustellen. Die iPl tragen insofern als Bestandteil einer „internationalen Machthierarchie – vor allem in Gestalt der Weltwirtschaftsorganisationen [...] zur Reproduktion der ungleichmäßigen Entwicklung bei“ (Brock 2006: 216). Die „Globalisierung“ und ihre Institutionen bringen nicht nur Integration, sondern auch Fragmentierung und Unterordnung mit sich.

Daher ist es irreführend, vom „Fakt“ der „Kosmopolitisierung“ auf der einen und ihren „nationalistischen Gegnern“ auf der anderen Seite zu sprechen, die gewissermaßen anachronistischen normativen Orientierungen anhängen. Gerade die „transnational“ agierenden Einzelkapitalien profitieren von der politischen Fragmentierung des Raums und von der Ungleichheit der sozio-ökonomischen Entwicklung (z.B. von ungleichen Arbeitsregimen). Ebenso setzt die Tatsache, dass es ein gewachsenes globales Problembewusstsein über die Klimakatastrophe gibt, noch nicht die institutionalisierten Handlungszwänge von Akteuren unter kapitalistischen Imperativen außer Kraft: Ist nicht eine paradoxe Folge dieses Problembewusstseins, dass eben nicht nur zwischenstaatliche Kooperation entsteht, sondern dass die Risiken im Rahmen von zwischenstaatlichen Konkurrenzbeziehungen den jeweils anderen aufgebürdet werden sollen?

Neben den vereinseitigenden Analysen der Globalisierungsprozesse schwächen die normativistischen, teilweise auf Kant zurückgehenden Annahmen die Er-

gungen rekurriert als auf wissenschaftliche Politikberatung.

- 7 In der Theorie der Internationalen Beziehungen wird die zunehmende Interdependenz als eine durch „Modernisierungskräfte“ herbeigeführte Entwicklung beschrieben (Keohane/Nye 1989: 226ff.). Damit wird einer fragwürdigen Zivilisierungsthese das Wort geredet.
- 8 Im Gegensatz zu den normativ-idealisierenden Ansätzen erscheinen die so genannten *neorealistischen* Ansätze regelrecht demystifizierend (vgl. Layne 2006). Sie zeichnen ein hobbesianisches Bild der Welt, das vom immerwährenden und universellen Kampf um Vorherrschaft geprägt ist. Zur Begründung nehmen die neorealistischen Ansätze jedoch eine unzulässige Vereinfachung der Realität vor, weshalb sie an dieser Stelle nicht weiter berücksichtigt werden. Es ist wenig überzeugend, mit nur einer Variablen, der (universalhistorisch begründeten) „Machtverteilung“ im Staatensystem, das Verhalten von Staaten erklären zu wollen (vgl. zur Kritik: Rosenberg 1994).

klärungskraft der vorgestellten Ansätze. Die theoretische Vorentscheidung zugunsten eines „schöpferischen Konstruktivismus“ (Beck) führt zu einer Geringschätzung institutionalisierter Handlungszwänge. Auch der Habermasschen Vorgehensweise scheint eine Vermischung von *Fakten* und *Normen* bzw. *Werten* zugrunde zu liegen. Sein Ideal einer kosmopolitischen Demokratie liest sich zudem wie eine globale Projektion seiner Rechts- und Demokratietheorie, die erst einmal primär für *innergesellschaftliche* Verhältnisse gelten soll (Habermas 1998: 160-169). Die räumlichen Ebenen jenseits der einzelstaatlichen Dimensionen können jedoch nur begrenzt mit Begriffen erklärt werden, die primär zur Beschreibung innergesellschaftlicher Zusammenhänge entwickelt worden sind. Die *intergesellschaftliche* Ebene unterscheidet sich aber hiervon.

3. Kritische Ansätze zur Diskussion von internationalen politischen Institutionen

Auch wenn der Höhepunkt des Globalisierungshypes wohl seit 2001 überwunden ist, überwiegen weiterhin unzulängliche Analysen.⁹ Die heterogenen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses in verschiedenen Regionen der Erde werden selten unterschieden. Ein differenzierter Blick auf einige den Einzelstaat schwächende *und* andere ihn eher stärkende Entwicklungen, oder die gleichzeitige Berücksichtigung von Trends zur Verlagerung nationaler Regulierungsmechanismen auf inter- und supranationale Ebenen *sowie* zeitgleich solchen, die den nationalen Staat und den Supranationalismus zugleich beleben oder sogar speziell lokale Ebenen aufwerten, fehlen häufig.

In den letzten Jahrzehnten sind jedoch eine Reihe von kritischen Argumentationsfiguren zur Erklärung internationaler Politik (und damit auch von ipI) vorgestellt worden, von denen hier zwei diskutiert werden sollen: Erstens die neogramscianische These, der zufolge ipI zunehmend als Apparate der sich von den Nationalstaaten lösenden „transnationalen“ Machteliten begriffen werden. Zweitens die These eines „amerikanischen Imperiums“, dem zufolge die ipI vor allem durch die US-Hegemonie dirigiert werden, die Machteliten anderer Staaten aber ebenfalls hiervon profitieren.

Internationale politische Institutionen im Kontext neuartiger transnationaler Macht- und Herrschaftsverhältnisse

Im Neogramscianismus von Robert W. Cox steht eine marxistische Klassentheorie im Vordergrund, mit deren Hilfe die antagonistischen Zusammenhänge in kapitalistischen Gesellschaften analysiert werden. Daneben erweitert er

9 So wird etwa mit dem Weltgesellschaftsbegriff relativ unkritisch hantiert (vgl. einige Aufsätze in: Heintz/Münch/Tyrell 2005). Jüngst hat sich der Sozialkonstruktivist Alexander Wendt mit der teleologischen Behauptung hervorgetan, dass die Bildung eines „Weltstaates“ in den nächsten 100 bis 200 Jahren unausweichlich bevorstehe (Wendt 2003).

die klassische staatszentrierte Perspektive, indem er Staat und Zivilgesellschaft in ihrer wechselseitigen Verschränkung sowie die Veränderungen des Vermittlungskomplexes von ökonomischen Kapazitäten, politischen Institutionen sowie ideologischen Formen diskutiert. Eine „Hegemonie“ auf internationaler Ebene ist daher nicht nur eine Ordnung zwischen Staaten: „Sie ist eine Ordnung innerhalb der Weltwirtschaft mit einer dominanten Produktionsweise [...] [und] ein Komplex internationaler sozialer Beziehungen, der die sozialen Klassen der verschiedenen Länder miteinander verbindet“ (Cox 1998: 83). Eine internationale Hegemonie drückt sich zudem in universellen Normen aus, die auch und gerade durch die ipI zum Ausdruck gebracht werden: „(1) die Institutionen artikulieren die Regeln, die die Ausbreitung hegemonialer Weltordnungen erleichtern; (2) sie sind ihrerseits das Produkt der hegemonialen Weltordnung; (3) sie legitimieren ideologisch die Normen der Weltordnung; (4) sie binden die Eliten der peripheren Länder ein und (5) sie absorbieren gegen-hegemoniale Ideen“ (Cox 1998: 83).

Cox zieht den Schluss, dass die von den USA geführte hegemoniale Weltordnung in den Krisen der 1970er zusammengebrochen und tendenziell eine neue Hegemonie an ihre Stelle getreten sei. Er spitzt seine ältere These des „internationalen historischen Blocks“ als Träger der westlichen Nachkriegshegemonie in den 1990ern zu und spricht von einer globalen Klassenstruktur mit einer „transnationalen Managerklasse“ an der Spitze. Es werde immer notwendiger, von einer „globalen Gesellschaft“ auszugehen, in der die „globalen Eliten“ die Impulse zur Gestaltung der Ordnung geben. Diese sei aber erstmals nicht mehr so sehr an die Rolle eines führenden Nationalstaates gebunden, sondern Ausdruck der Hegemonie transnationaler sozialer Kräfte (vor allem des transnationalen Kapitals), die in einer diffusen Weise in Diskussionen verankert ist, die in Einrichtungen wie der Trilateralen Kommission, dem Weltwirtschaftsforum in Davos, den regelmäßigen Treffen des IWF, der Weltbank und der WTO oder den G7- und G8-Gipfeln geführt werden (Cox/ Schechter 2002: 31).

Internationale politische Institutionen im Kontext eines amerikanischen Imperiums

Die ipI werden aber auch in der Perspektive einer unbestrittenen hegemonialen Rolle des amerikanischen Staates, der sich als Organisator des globalen Kapitalismus andere Staaten unterordnet, diskutiert. Leo Panitch und Sam Gindin behaupten, dass die USA nach 1945 die anderen kapitalistischen Mächte in ein funktionsfähiges Netzwerk integriert hätten. Es sei zur „Verknüpfung“ des amerikanischen Staates mit den Exekutivapparaten Europas und Japans sowie mit deren Zentralbanken gekommen (Panitch/Gindin 2004: 42-48). Die ipI, die die USA um sich herum schufen, vervollkommen durch die Sicherheitsstrukturen der NATO, führten so zu einer „Veränderung des Wesens

des kapitalistischen Zentrums“ (ebd.: 50) im Sinne einer Abnahme inner-imperialistischer Konflikte. Spannungen und Bündnisse nationaler herrschender Klassen konnten nun nicht mehr in rein „nationalen“ Begriffen verstanden werden.

Die staatlichen Instanzen des „Zentrums“ unter Führung der USA hätten zugleich ihren Aufgabenbereich erweitert, anstatt zu erodieren. Im Laufe schwieriger Verhandlungen in den 1970ern „akzeptierten schließlich alle beteiligten Nationalstaaten die Verantwortung dafür, die notwendigen *inneren* Verhältnisse für eine anhaltende *internationale* Akkumulation zu schaffen, nämlich: stabile Preise, Beschränkung von Arbeitskämpfen, Gleichbehandlung von Auslandsdirektinvestitionen und nationalem Kapital und keine Restriktionen für abfließendes Kapital“ – was den Kern der „neoliberalen“ Umgestaltung der Welt und die Aufwertung von ipI ausmachte (ebd.: 61). Die Internationalisierung des Staates verkörpert die staatliche Übernahme der „Verantwortung, die eigene nationale kapitalistische Ordnung auf eine dem Management der internationalen kapitalistischen Ordnung zuträgliche Art und Weise zu verwalten“ (ebd.: 53f.). Den USA sei es somit gelungen, ihr informelles Imperium auf eine neue Grundlage zu stellen. Im Gegensatz zu den 1950ern stehe nicht mehr die koordinierte Regulierung nationaler Wirtschaftsräume im Vordergrund, sondern die durch die transformierten ipI regulierte Neoliberalisierung der Welt.

Kritik der Kritik

Cox stellt zu Recht etablierte theoretische Sichtweisen in Frage, indem er Staaten den gesellschaftlichen Akteuren unterordnet. Im Gegensatz zu Autoren, die mit der Transnationalisierung des Handelns mächtiger Akteure integrationsfördernde Effekte erwarten, werden die trans- und supranationalen Vermachtungseffekte und die einseitig an ökonomischen Verwertungsinteressen orientierten „neoliberalen“ Policies scharf kritisiert.

Einige der von ihm beschriebenen Tendenzen transnationalen Klassenhandelns lassen sich empirisch nachweisen. Die Formen der „Global Governance“ können nicht einfach als ideologische Phänomene abgetan werden, sondern müssen als institutionalisierte Politikkoordination, in der die Konkurrenz nicht aufgehoben, sondern fortgesetzt wird, analysiert werden. Eine Schwachstelle der Argumentation von Cox besteht darin, dass er diese Tendenzen überzeichnet und zugleich den herrschenden Machteliten eine unverhältnismäßig große Handlungsfreiheit zuschreibt. Es entsteht zuweilen der Eindruck der Bildung eines einheitlichen Klassensubjekts, das die Handlungszwänge der weltweiten Kapitalakkumulation in den Griff bekommen kann. Auffällig ist daran, dass die sozio-ökonomischen und geopolitischen Konkurrenz- und Destabilisierungsverhältnisse unterschätzt werden. Wie Michael Mann hervorhebt, ist der kapitalistische Markt ein Typus der „diffusen“ Macht. Er entsteht

immer in einer eher spontanen, dezentralen Weise und ist prinzipiell nicht steuerbar (Mann 1990: 24). Es kann daher immer nur eine brüchige „Solidarität“ zwischen den Einzelkapitalien existieren. Gerade weil die Kapitalien sich im Kapitalismus nur in der Konkurrenz aufeinander beziehen können, sind auch die inneren Strukturen der herrschenden Klassen bzw. selbst von Klassenfraktionen niemals kohärent. Die immer nur relative Einheit kann insbesondere in krisenhaften Phasen zerstört werden.

Machteliten mögen global denken und handeln wollen, sie können dies jedoch nicht losgelöst von ökonomischen Funktionszusammenhängen und politisch-institutionellen Kontexten. Weil das unterschätzt wird, tendiert Cox dazu, „to overemphasize the institutional and ideological self-representation of the ruling class on a global scale at the expense of the constitution of these classes within local contexts“ (Colás 2002: 200f.). Die Wirkmacht von Machteliten im Kapitalismus kann nur in ihrem Verhältnis zu anderen Klassen verstanden werden. Die Rolle der „nationalen“ Ebene und überhaupt der räumlichen Ebenen unterhalb der Ebene des Globalen ebenso wie die Wirkmacht nationalistischer Ideologien dürfen nicht unterschätzt werden (vgl. Cox/Schechter 2002: 88). „Transnationale“ Machteliten versuchen zwar eine weltweite „neoliberale“ Ideologie durchzusetzen, sind aber selbst nicht von der nationalen Ebene (oder auch lokalen und makro-regionalen Ebenen) unabhängig – weil sie immer wieder nationale Kompromisse mit anderen Akteuren (z.B. auch Kapitalfraktionen, deren Interessensphären sich auf das staatliche Territorium oder andere regionale Räume begrenzen) eingehen müssen. Es ist deshalb voreilig, von den hohen Transnationalisierungsgraden der größten Konzerne auf die gesamte Struktur der Weltwirtschaft zu schließen.

Der Widerspruch zwischen transnationalen, internationalen und nationalen Tendenzen kann daher nicht einseitig zugunsten der ersteren aufgelöst werden. Transnationale bzw. globale ökonomische Tendenzen werden überlagert durch inter- bzw. transgouvernementale politische Übereinkommen und Konkurrenzen sowie nationale (und vermehrt makro-regionale) Funktionszusammenhänge und Handlungszwänge. Daher konzidiert etwa auch van der Pijl, dass sich der realhistorische Trend zur Transnationalisierung der kapitalistischen Klasse „widersprüchlich“ entfaltet, da diese auf die nationale Grundlage ihrer Macht nicht verzichten kann. Das Schicksal der Machteliten bleibt ihrer nationalgesellschaftlichen Verankerung verhaftet. Zentrale Entscheidungen werden weiterhin dort getroffen – „und nicht im alpinen Winter-Urlaubsort Davos, wie sehr sich die nationalen Vertreter im Lichte ihrer transnationalen Verbrüderung auch sonnen mögen“ (van der Pijl 2001: 127).

Zwar lassen sich Tendenzen zur Transnationalisierung von Teilen der weiterhin auf die Einzelstaaten bezogenen Machteliten nachweisen. Es handelt sich jedoch um relativ fragile Formen von kooperativem inter- und/oder transnationalem Klassenhandeln. Ein dauerhaftes, kohärentes Klassenhandeln mit stark

integrierenden bzw. harmonisierenden Effekten ist kaum absehbar. Dabei ist es unverzichtbar, die differierenden Kriterien der Reproduktion einzelökonomischer *und* einzelstaatlicher Akteure in Rechnung zu stellen, die schließlich gemeinsam die Basis einer herrschenden Klasse bilden. Bestimmte weltweit ausgerichtete Unternehmensgruppen sind von den weniger mobilen politischen Eliten zu unterscheiden. Im Raum der EU sowie im transatlantischen Raum hat dies zu einem höheren Grad der Homogenisierung der Interessenlagen geführt als dies außerhalb dieser Räume der Fall ist. Besonders innerhalb der *europäischen* und möglicherweise auch der *transatlantischen* Beziehungen kann es daher Sinn machen, von „inneren“ Bourgeoisien (Poulantzas 2001) zu sprechen, da dieser Begriff zwar auf die transnationale Verflechtung Wert legt, jedoch zugleich verdeutlicht, dass die Einzelstaaten ein bedeutender Bezugspunkt der „transnationalen“ Machteliten bleiben.

Panitch und Gindin können für sich reklamieren, den fortwährenden Einfluss einzelstaatlicher Instanzen belegt zu haben. Auch der Akzent auf die Notwendigkeit der Historisierung imperialistischer Kräfteverhältnisse ist ein Fortschritt. Leider führt eine Fixierung auf die Politik Washingtons dazu, das Durchsetzungsvermögen der amerikanischen Weltordnungspolitik zu hypostatisieren, weshalb auch die hieraus abgeleiteten theoretischen Verallgemeinerungen fragwürdig erscheinen.

Tatsächlich kontrollieren die USA die weltweiten Räume wie kein anderer Akteur. Zu einem gewissen Grad fungiert damit ihre Weltordnungspolitik auch als *Dienstleister* der international um stabile Verwertungsmöglichkeiten und Wertschöpfungsketten bemühten Einzelkapitalien sowie von Teilen der politischen Machteliten anderer Industriestaaten. Doch dies ist nur ein Teil des Gesamtbilds. Der Versuch der *Umsetzung* des Ziels eines weltumspannenden „Imperiums“ gelingt nämlich nur gegen Widerstände – im „alten“ Europa schlechter als im „neuen“, in Japan besser als in China, in Indien besser als in Russland, in Lateinamerika schlechter als in Südostasien, im Nahen Osten schlechter als in Zentralasien. Der Wunsch nach einem „US-Imperium“ wird von der Realität des „Imperialismus“, d.h. der geopolitischen Machtrivalitäten im internationalen Staatensystem und der Instabilität der Weltwirtschaft, konterkariert. Das trifft abgeschwächt auch auf die enge „transatlantische Partnerschaft“ zu.¹⁰ Bereits diese Sachverhalte verweisen darauf, dass die USA weder eine hegemoniale Führungsmacht noch ein Imperium, sondern lediglich der dominante Akteur der Weltpolitik sind: „Empires set the rules. They do not need to assert awkward, implausible and almost universally rejected exceptions

10 Die Beständigkeit des transatlantischen Bündnisses in den 1990ern war keine zwangsläufige, sondern eine unter größeren Anstrengungen seitens der USA erkämpfte Entwicklung, wie das amerikanische Engagement in den Balkankriegen, die NATO-Osterweiterung, die Einflussnahme auf die EU-Osterweiterung oder, zuvor, die Durchsetzung der Bretton-Woods-Institutionen zu Mitteln der Etablierung des „Washington Consensus“ anzeigten.

for themselves. A state that cannot obtain widespread endorsement of its preferred international norms is not an empire. A state that can't even get grudging acquiescence by its leading 'allies' is not even much of a hegemon" (Donnelly 2006: 160).

Daher ist es unzulänglich, die Politik der ipI vor allem als Resultat der US-Hegemonie zu bewerten. Im Vergleich zur Mitte der 1990er Jahre haben sich die USA vom Ziel der Hegemonie eher entfernt, wiewohl ihre Führungsfähigkeit in verschiedenen Bereichen variiert. Der riskante Versuch, über den Einsatz militärischer Kapazitäten die eigene Vorherrschaft zu befestigen oder gar auszubauen, bringt bislang nicht den erwarteten Erfolg. Ökonomisch sind die USA eher in der Lage, hegemonial zu wirken als auf der geopolitischen oder normativen Ebene, allerdings muss auch hier zwischen einzelnen Bereichen unterschieden werden: Die „Krise“ der WTO deutet auf einen Verlust amerikanischer Führungsfähigkeit im internationalen Handel hin, im Bereich der internationalen Finanzbeziehungen dagegen scheint sie aufrechterhalten werden zu können.

4. Internationale politische Institutionen als umkämpfte Arenen

Dass internationale Politik und damit auch ipI umkämpft sind, wird von weiteren gesellschaftskritischen Ansätzen thematisiert, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben. Zwei dieser Ansätze werden im folgenden diskutiert.

Internationale politische Institutionen im Kontext fragmentierter Räume

Die Phase der amerikanischen Nachkriegshegemonie im Westen, in der die USA in „super-imperialistischer“ Manier eine stillschweigende internationale Übereinkunft hervorbrachten, ging David Harvey zufolge mit der in den 1960ern einsetzenden Überakkumulationskrise ihrem Ende entgegen. Auch wenn sich Mitte der 1990er eine Art „Ultraimperialismus“ gebildet zu haben schien, entwickelten sich unter der Oberfläche neue Widersprüche (Harvey 2005: 179-225), die sich gegenwärtig in Auseinandersetzungen innerhalb der ipI ablesen ließen. Die mächtigen Industriekomplexe, die in Ostasien entstanden sind, hätten zu „subtilen“ Taktiken des Gegenangriffs auf die Hegemonie der USA im Bereich der Finanzen geführt, was an den steigenden Handelsbilanzüberschüssen Japans und Chinas oder einem Trend zur Regionalisierung der Weltwirtschaft ablesbar sei. Auch das bislang kooperativ-freundliche transatlantische Verhältnis drohe sich abzukühlen, wie die Bedrohung des Dollar durch den Euro oder die unterschiedlichen Weltordnungsvorstellungen zeigten.¹¹ Seit 2000 sei eine neue Phase des Imperialismus eingeleitet. Die offen

11 Paradoxerweise könnte eine zentrale Prämisse des Neoinstitutionalismus, die Annahme einer Schwächung zwischenstaatlicher Konflikte durch Institutionalisierung, im Fall der Realisierung einer konstitutionell institutionalisierten EU eine gegensätzliche Wendung erfahren:

militärgestützte US-Außenpolitik wird in diesem Zusammenhang als Zeichen der Schwächung der „Dollar-Wallstreet-Regime-Hegemonie“ gelesen. Ein Übergang von der Politik des „Konsenses“ zur Politik des „Zwangs“ lasse sich auch in den iPl nachweisen.

In dieser raum-politischen Perspektive wird der weltweite Kapitalismus als ein sich beständig im Prozess der Umwandlung befindendes System begriffen, in dem die aus ihm heraus sich entwickelnden Tendenzen in verschiedenen Dimensionen des Raums auftreten. Keine Dimension hat eine ursächliche Vorrangstellung. Die „Globalisierung“ des Kapitalismus und damit die Bildung supra- (und sub)nationaler Formen der territorialen Organisation ist in diesem Verständnis als eine Neukonfiguration der sich überschneidenden und überlagernden gesellschaftlichen Räume zu verstehen, nicht als das zunehmende Primat des globalen gegenüber dem nationalen, regionalen oder lokalen Raum (vgl. Brenner 1999). Die historisch vor allem als Nationalstaat institutionalisierte Besonderung des Politischen findet gegenwärtig auch auf anderen räumlichen Ebenen bzw. auf mehreren Ebenen gleichzeitig ihren Ausdruck.

Im Unterschied jedoch zu starken Globalisierungsthesen, die vorschnell die Erosion der einzelstaatlichen Sphären postulieren, wird in dieser Perspektive die Redimensionierung der einzelstaatlichen Sphären im Verhältnis zu anderen Dimensionen des Raums untersucht. Denn: Neben den Einzelkapitalien wirkt nach wie vor keine andere Institution als die des Einzelstaates derart strukturbildend in den verschiedenen Dimensionen des Raums. Allein die Einzelstaaten waren und sind in der Lage, die sich überschneidenden und überlagernden räumlichen Dimensionen zu relativ stabilen Mustern *territorialer Organisation* zu verdichten (Harvey 1982; vgl. Lefèbvre 2003). Sie schaffen eine Reihe von sozialen, rechtlichen, politischen und infrastrukturellen Integrations- und Anpassungsleistungen, welche die Einzelkapitalien zum Überleben benötigen, aber selbst nicht bereitstellen können.

Um dies zu begründen, gilt es, die Struktur der Bewegungen des Kapitals zu verstehen. Wie Harvey hervorhebt, bringt der Handel mit Gütern und Dienstleistungen in der Regel einen „Ortswechsel“ mit sich. Das führt zu „Reibungswiderständen“ (z.B. durch die damit verbundenen Transport- und Logistikkosten). Daher ballen sich die räumlichen Aktivitäten meist an bestimmten Orten, um die Reibungsverluste zu minimieren. Reibungsverluste konnten jedoch historisch betrachtet *verringert* werden, was bei Harvey ein zentraler Grund für die Internationalisierungstendenz der Einzelkapitalien ist.

Die „Raum-Zeit-Kompression“ bringt aber auch eine Gegentendenz hervor: Die „Immobilität“ eines Teils des Kapitals. Kapitalistische Akkumulation ist im Zuge seiner permanenten Ortswechsel und der Suche nach profitablen An-

Erst die weitere Vertiefung der institutionellen Strukturen der EU kann diesen disparaten Machtblock dazu befähigen, eine eigenständigere und machtvollere Weltpolitik zu betreiben.

lagemöglichkeiten gebunden an eine gesellschaftlich produzierte „geographische Infrastruktur“, die wiederum stark von der Bildung fixen Kapitals abhängt. Das fixe Kapital geht im Unterschied zum zirkulierenden Kapital, über einen längeren Zeitraum in den Produktionsprozess ein. Die Ressourcen für fixes Kapital werden zum Teil vom Staat zur Verfügung gestellt (vgl. Harvey 1982: 232-238, 395-405). Die Tendenz des Kapitals sich auf dem Weltmarkt auszubreiten, hat somit eine lokale Fixierung von Kapital zur Voraussetzung. „Flüssige Bewegung *durch* den Raum kann nur erzielt werden durch die Errichtung einer gewissen physischen Infrastruktur *im* Raum“ (Harvey 2005: 101).¹²

Um die Prozesse der De-Territorialisierung und Re-Territorialisierung erfassen zu können, gilt es neben der räumlichen Organisation unterschiedlicher Kapitalformen den Bedarf der Kapitalien an Anpassungs- und Integrationsleistungen politischer Instanzen anzuerkennen. Die Akkumulationsstrategien des Kapitals bedürfen in räumlicher Hinsicht erheblicher Hilfestellungen durch eine politische Regulierung. Um eine gewisse Berechenbarkeit und Sicherheit zu gewährleisten, müssen wirtschaftliche Verflechtungsräume ein Maß an strukturierter Kohärenz garantieren, die von politischen und sozio-kulturellen Prozessen abhängt.¹³ Dabei geht es etwa um die Bereitstellung von Infrastruktur, das „Arbeitskräfteangebot“, das Bildungsniveau oder die politische Stabilität. Der nationale Raum stellt eines der ausschlaggebenden Instrumente des Einzelstaates zur Kontrolle der gesellschaftlichen Verhältnisse dar. Tatsächlich hat bis heute keine räumliche Ebene eine ähnlich umfassende Relevanz wie die nationale bzw. einzelstaatliche Ebene erhalten (Jessop 2002: 179). Selbst Zürn/Zangl konzedieren, dass „postnationales“ Regieren je nach Bereich und Region unterschiedlich fortgeschritten ist, weil die materiellen Ressourcen (v.a. Steueraufkommen) weiterhin bei einzelstaatlichen Institutionen konzentriert bleiben. Es gibt „kaum Indizien dafür, dass der Staat nennenswerte Ressourcen an internationale Institutionen abgibt“ (Zürn/Zangl 2003: 164).

Aus dem Vorangegangenen lassen sich einige Folgerungen ziehen: Die „Globalisierungsprozesse“ führen zu wechselseitigen Interaktionen zwischen dem Drang zur Raum-Zeit-Kompression (De-Territorialisierung) und einer kontinuierlichen Produktion von relativ fixierten, zeitweise stabilisierten Konfigurationen territorialer Organisationen (Re-Territorialisierung). Für die Produktion und Regulierung territorialer Fixierungen ist wiederum der Einzelstaat aufgrund seiner spezifischen Integrations- und Anpassungsleistungen besonders geeignet. In den Konkurrenzverhältnissen innerhalb der ipI erhält diese fragmentierte kapitalistische Raumökonomie einen charakteristischen Ausdruck.

12 Harvey zufolge entsteht die Notwendigkeit räumlicher Fixierungen auch und gerade aus den Versuchen des Kapitals, seine immanente Krisenhaftigkeit durch eine internationale geographische Expansion aber auch durch lokal/regionale Neustrukturierungen zu überwinden.

13 Insofern müssen in die Analyse der Raumökonomie auch nichtstaatliche Kollektivakteure wie soziale oder politische Bewegungen einbezogen werden.

Internationale politische Institutionen im Kontext von verdichteten Kräfteverhältnissen „zweiter Ordnung“

Stärker als in der eben diskutierten Perspektive, aber auch auf ihr aufbauend, wird in „neo-poulantzianischen“ Ansätzen das Staatsverhalten (und damit die Rolle von ipI) unter Bezugnahme auf Klassenstrategien und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse analysiert (vgl. Hirsch 2005).

Im Gegensatz zu den Globalisierungsoptimisten versteht u.a. Ulrich Brand, indem er an der materialistischen Staatstheorie anknüpft, die ipI als materielle Verdichtungen bzw. Kondensierungen von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen (Brand 2005; vgl. den Aufsatz von Brand/Görg/ Wissen im vorliegenden Heft). Die ipI bilden demnach Verdichtungen konfligierender und nur teilweise in einen Kompromiss einzubindender Interessen ab. Da diese Interessen auf der einzelstaatlichen Verdichtung von Kräfteverhältnissen aufbauen, handelt es sich um die „Verdichtung von Kräfteverhältnissen *zweiter Ordnung*“: Mit dieser Metapher ist „keine Hierarchie internationaler Politiken gegenüber nationalen oder umgekehrt“ gemeint: „Vielmehr geht es darum, dass sich partikulare Interessen in nationalen Staaten zu einer am Allgemeininteresse orientierten Politik verdichten (Verdichtung ‘erster Ordnung’). Diese verdichteten Kräftekonstellationen äußern sich international im Sinne der Verfolgung ‘allgemeiner’ bzw. ‘nationaler’ Interessen. [...] Die auf internationaler Ebene vertretenen und durchaus situativ veränderbaren Interessen, Wertvorstellungen und Identitäten treffen auf internationalen politischen Terrains auf andere ‘nationale Interessen’ (darin gehen Identitäten und Normen ein) sowie auf nicht-staatliche Partikularinteressen. Dabei werden spezifische Strategien oder gar umfassende Projekte von einzelnen Staaten oder Staatengruppen oder komplexeren Allianzen formuliert“ (Brand 2005: 267).

Die ipI können als „strategische Felder“ betrachtet werden, auf denen staatliche (und nicht-staatliche) Akteure um die Stärkung und Verstetigung ihrer Positionen ringen. Sie sind dabei an nationale Kräfteverhältnisse und ökonomische Entwicklungen rückgebunden.

Die WTO, die durch eine besondere Dichte und relative (supranationale) Eigenständigkeit ausgezeichnet ist, kann als Beleg dieser These dienen. Sie ist ein Beispiel dafür, dass die Formulierung einer Politik der sich internationalisierenden Einzelkapitalien und der an der Internationalisierung ausgerichteten Einzelstaaten in verstärktem Ausmaß durch ipI *vermittelt* wird, diese Politik aber gleichzeitig in einem Gegensatz zu den in den einzelnen Gesellschaften institutionalisierten gesellschaftlichen Klassen- und Akkumulationsverhältnissen stehen kann. Die „Krise der WTO“ seit 2003¹⁴, ausgelöst durch Konflikte innerhalb des „Nordens“ sowie zwischen dem „Norden“ und dem (eine Reihe

14 In den letzten Jahren hat der Bilateralismus in der Handelspolitik wieder zugenommen. Zugleich sind innerhalb der WTO stärkere Konkurrenzen zu beobachten (Gritsch 2005).

entwickelter kapitalistischer Volkswirtschaften umfassenden) „Süden“, kann in dem genannten Kontext erklärt werden.

5. Fazit

Die paradoxen Effekte der Globalisierungsprozesse und, in ihnen, der Bedeutung von ipI, verhindern, dass diese ein Fundament für eine innerkapitalistische Harmonisierung legen oder zur Untergrabung der Einzelstaatlichkeit führen. Es gilt aus der kapitalistischen Entwicklung heraus den Widerspruch zwischen dem Aufkommen einer „kosmopolitischen“ Ordnung und der Weiterexistenz einer politischen und wirtschaftlichen Ordnung, die grundlegend eine zwischenstaatliche Form hat und ihr (Un-)Gleichgewicht aus der unterschiedlichen Stärke der jeweiligen Staaten und weiteren Akteuren bezieht, zu analysieren.

Die zunehmende Bedeutung von ipI, die in erster Linie dem Management und der Absicherung widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse dienen, ist nicht einfach nur Resultat einer gewachsenen Interdependenz und damit eines Interesses an Kooperation. Sie stellen auch und gerade den Versuch *vieler* Kollektivakteure dar, der seit den 1970ern erhöhten sozio-ökonomischen und (später auch) geopolitischen Instabilität entgegenzutreten. Diese in den Einzelstaaten unterschiedlich akzentuierten Krisenlösungsstrategien (im Rahmen einer veränderten wirtschafts- und finanzpolitischen Strategie) zum Zwecke der allgemeinen Verbesserung der Bedingungen der Kapitalverwertung münden in einer umkämpften Transformation der Staatlichkeit auf internationaler Ebene (Hirsch 2005: 124ff., 141ff.).¹⁵ Die institutionalisierten Handlungszwänge eines weltweiten, multipolaren Konkurrenzkapitalismus konterkarieren dabei regelmäßig die Pläne, eine weitgehende Stabilisierung und Harmonisierung zu bewerkstelligen (Callinicos 2002).

Marx bemerkte einmal im Hinblick auf die Handlungsstrategien der Einzelkapitalien, dass diese gegenüber der Arbeiterklasse eine „praktische Bruderschaft“ bilden, die jedoch, weil sie gefangen sind in einem Konkurrenzkampf im Hinblick auf die Realisierung des Mehrwerts als Profit bzw. Extraprofit, immer wieder in Konkurrenz umzuschlagen droht und damit zur „Frage der Macht und der List“ wird – „die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder“ (Marx 1894: 263). Ähnlich wie in diesem Bild¹⁶ scheinen auch die internationalisierten Staatsapparate gegenwärtig zu arbeiten:

15 Dies drückte sich u.a. an den durch die ipI hindurch organisierten Marktöffnungen sowie diversen Strukturanpassungs-, Deregulierungs- und Privatisierungsmaßnahmen aus. Die Restrukturierung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse traf nicht zuletzt mit diesen Maßnahmen auf teilweise heftige Widerstände.

16 Hier wird davon abgesehen, dass einzelstaatliche bzw. einzelökonomische Akteure sich an differierenden Kriterien der Reproduktion orientieren, wiewohl sie sich in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis befinden (vgl. ten Brink 2007).

In relativer Übereinstimmung wird etwa auf den G8-Gipfeln versucht, die „Agenda“ zu setzen und marktliberale Deutungsmuster zu festigen. In dieser Weise tragen die Treffen dazu bei, den konstruierten Sachzwang „Globalisierung“ zu stärken, der dazu dient, Menschen zu erpressen und sie international gegeneinander auszuspielen. Zugleich präsentieren sich die Regierungschefs im Versuch, symbolische Macht und Legitimation zu steigern, als umsorgte, uneigennützig helfende Autoritäten. Doch bereits bei den Sondierungsgesprächen über Fragen der Wirtschafts-, Sicherheits- und Energiepolitik können mitunter erhebliche Meinungsverschiedenheiten auftreten, die dann in den internationalen Organisationen wie der UN, der NATO oder der WTO möglicherweise bis zur Handlungsunfähigkeit führen. Die Machteliten sind sich mehr oder wenig einig darin, die Herstellung von weltweiter Ordnung und einer gelingenden Kapitalakkumulation (auch mittels Gewalt) gegenüber den Bevölkerungen herzustellen, streiten aber untereinander um die *Rangordnung in der Herstellung dieser Ordnung*.

Um die kooperativ-konfliktive Strukturiertheit internationaler Politik zu verstehen, müssen zugleich charakteristische Unterscheidungsmerkmale der *intergesellschaftlichen* Beziehungen gegenüber den *innergesellschaftlichen* Beziehungen herausgestellt werden: z.B. eine vergleichsweise gesteigerte Bedeutung der Dimension von „Unsicherheit“, der „Anarchie“, in der mitunter das „Recht des Stärkeren“ gilt; andererseits das um Kooperation bemühte, internationale Agieren der Repräsentanten von Nationalstaaten, bzw. der Kräfteverhältnisse, die sie repräsentieren, und die Entstehung einiger „verdichteter“ ipI, die eine funktionierende Weltwirtschaft und eine Koexistenz vieler Einzelstaaten garantieren. Es gehört zu den wesentlichen strategischen Dilemmata der internationalisierten Ausprägungen von Staatlichkeit auf der intergesellschaftlichen Ebene, dass ihre Handlungsspielräume entscheidend von Bedingungen abhängen, die nicht alleine von ihnen bestimmt werden.

Die ipI bleiben eingebunden in Verhältnisse, die wesentlich von anderen Akteuren bestimmt werden. Internationale Prozesse sind und bleiben Prozesse ohne steuerndes Zentrum. Weil zudem die zentrale Frage des internationalen Gewaltmonopols als ungelöst betrachtet werden muss, ist davon auszugehen, dass die unterschiedlichen Regulierungszusammenhänge ein ebenso komplexes wie relativ inkohärentes Netzwerk der internationalen Regulation darstellen. „Dieses zeichnet sich dadurch aus, dass sich in seinen einzelnen Teilen sehr ungleiche Wirkungsreichweiten, Macht- und Dominanzverhältnisse manifestieren. Es ist durch deutliche Hierarchisierungen und damit höchst selektive Möglichkeiten der Problemthematisierung und Interessenberücksichtigung gekennzeichnet“ (Hirsch 2005: 153). Sozio-ökonomische Krisen und/oder geopolitische Verschiebungen (gegenwärtig etwa der Aufstieg der VR China) stellen die Routinen von institutionellen Prozessen in Frage und erfordern „Anpassungen“ an neue Konstellationen. Die im relativen Einklang herrschender

Machteliten gebildeten iPl müssen sich dementsprechend an neue Interessenkonstellationen anpassen und ihre Aufgaben verändern (wie etwa der IWF/Weltbank-Komplex ab den 1970ern) oder aber sie verlieren an Bedeutung (wie etwa UN-Sonderorganisationen).

Einer „ethisch-moralischen“ Hoffnung auf „gemeinsame“ Lösungen für „gemeinsame“ Probleme sind in dieser Perspektive enge Grenzen gesetzt. Wenn auch gewisse Errungenschaften nicht zu leugnen sind (die aber mit sozialem und politischem Protest in Verbindung stehen), können internationale Regelungen doch immer wieder an der fragmentierten Interessenlage einer gespaltenen Welt scheitern. Zudem wird häufig verkannt, dass internationale Regelungen oftmals nur Länder der „OECD-Welt“ umfassen. Vorstellungen einer „Global Governance“ durch iPl werden vor diesem Hintergrund kritisiert. Weil im internationalisierten Staat eine „strukturelle Privilegierung“ von Interessen festzustellen ist, die auf die Absicherung der herrschenden Gesellschaftsordnungen abzielen (Görg/ Wissen 2003: 642), können neue Formen der „Governance“ als die politische „Regulation neoliberaler sozialer Verhältnisse“ beschrieben werden, als eine „neue Technologie des Regierens und Steuerns“ (Sauer 2003: 625).¹⁷ Governance sollte daher nicht als ein „Anderes“ im Vergleich zu staatlicher Organisation und Herrschaft bzw. als ein Gegenmodell zu einzelstaatlichen Strukturen charakterisiert werden, sondern als ihre ergänzende und teilweise mit ihr konfligierende Form.

Literatur

- Beck, Ulrich (2004): *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*, Frankfurt/M.
- Brand, Ulrich (2005): *Die politische Form der Globalisierung. Politische Institutionen und soziale Kräfte im internationalisierten Staat*, Habilitationsschrift, eingereicht an der Universität Kassel.
- Brenner, Neil (1999): Beyond state-centrism? Space, territoriality and geographical scale in globalization studies, in: *Theory and Society*, 28, 2/1999, <http://sociology.fas.nyu.edu/docs/IO/222/1999.Brenner.TS.pdf> (Zugriff am 6.2.06).
- Brock, Lothar (2006): Kriege der Demokratien. Eine Variante des Demokratischen Friedens, in: Geis, Anna (Hg.) (2006): *Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse*, Baden-Baden.
- Bull, Hedley (1977): *The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics*, London.
- Callinicos, Alex (2002): Marxism and Global Governance, in: Held, David; McGrew, Anthony (Hg.) (2002): *Governing Globalization. Power, Authority and Global Governance*, Cambridge.
- Colás, Alejandro (2002): The class politics of globalisation, in: Rupert, Mark; Smith, Hazel (Hg.) (2002): *Historical Materialism and Globalization*, London/New York.
- Cox, Robert W. (1998): Gramsci, Hegemonie und Internationale Beziehungen: Ein Aufsatz zur Methode, in: Ders. (1998): *Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der Internationalen Politischen Ökonomie*, Marburg.
- Cox, Robert W.; Schechter, Michael G. (2002): *The Political Economy of a Plural World*, London.
- Donnelly, Jack (2006): Sovereign Inequalities and Hierarchy in Anarchy: American Power and International Society, in: *European Journal of International Relations*, Vol. 12, no 2.

17 In kritisch-feministischen Analysen wird etwa darauf hingewiesen, dass ungleiche und diskriminierende Geschlechter-, Ethnizitäts- und Klassenverhältnisse nicht überwunden worden sind, auch wenn dies in offiziellen Verlautbarungen rhetorisch angestrengt wird (Sauer 2003: 623).

- Giddens, Anthony (1997): *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*, Frankfurt/New York.
- Görg, Christoph; Wissen, Markus (2003): National dominierte globale Herrschaft. Zum Verhältnis von Uni- und Multilateralismus in der „Neuen Weltordnung“, in: PROKLA 133.
- Gritsch, Maria (2005): The nation-state and economic globalization: soft geo-politics and increased state autonomy? in: *Review of International Political Economy*, Vol. 12, no 1.
- Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt/M.
- Harvey, David (1982): *The Limits to Capital*, Oxford.
- Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*, Hamburg.
- Heintz, Bettina; Münch, Richard; Tyrell, Hartmann (Hg.) (2005): Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen, *Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie*, Stuttgart.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*, Hamburg.
- Jessop, Bob (2002): *The Future of the Capitalist State*, Cambridge.
- Keohane, Robert O. (1984): *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton.
- Keohane, Robert O.; Nye, Joseph S. (1989): *Power and Interdependence*, Harvard.
- Layne, Christopher (2006): *The Peace of Illusions: American Grand Strategy from 1940 to the Present*, Ithaka/London
- Lefebvre, Henri (2003): Space and the State, in: Brenner, Neil et al. (Hg.): *State/Space: A Reader*, Oxford/Boston.
- Leibfried, Stephan; Zürn, Michael (Hg.) (2006): *Transformationen des Staates?* Frankfurt/M.
- Mann, Michael (1990): *Geschichte der Macht, Erster Band: Von den Anfängen bis zur griechischen Antike*, Frankfurt/New York
- Marx, Karl (1894): Das Kapital. Dritter Band, MEW 25.
- Panitch, Leo; Gindin, Sam (2004): *Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium*, Hamburg.
- Poulantzas, Nicos (2001): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat, in: Hirsch, Joachim; Jessop, Bob; Poulantzas, Nicos (2001): *Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung*, Hamburg.
- Rittberger, Volker; Zangl, Bernhard (2003): *Internationale Organisationen – Politik und Geschichte*, Opladen.
- Rosenberg, Justin (1994): *The Empire of Civil Society: A Critique of the Realist Theory of International Relations*, London/New York.
- Rosenberg, Justin (2006): Why is There No International Historical Sociology? in: *European Journal of International Relations*, Vol. 12, no 3.
- Sauer, Birgit (2003): Die Internationalisierung von Staatlichkeit. Geschlechterpolitische Perspektiven, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 51. Jg., Nr. 4.
- ten Brink, Tobias (2007): *Imperialistische Phänomene. Struktur und Geschichte kapitalistischer Staatenkonkurrenz*, Dissertation, eingereicht an der Universität Frankfurt/M.
- van der Pijl, Kees (2001): Die nationalen Grenzen der transnationalen Bourgeoisie. Oder: Wer sonst wird eine global integrierte Welt herbeiführen? in: Bieling, Hans-Jürgen et al. (Hg.) (2001): *Flexibler Kapitalismus. Analyse, Kritik und politische Praxis*, Hamburg.
- Wendt, Alexander (2003): Why a World State is Inevitable, in: *European Journal of International Relations*, Vol. 9, no 4.
- Zürn, Michael (2002): Zu den Merkmalen postnationaler Politik, in: Jachtenfuchs, Markus; Knodt, Michèle (Hg.) (2002): *Regieren in internationalen Institutionen*, Opladen.
- Zürn, Michael; Zangl, Bernhard (2003): *Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation*, Frankfurt/M.